

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 5 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schiffsleitung Nr. 14574.
Postkonten Dresden Nr. 2486. — Stadtkonten Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Zelle 70 Pf., unter Einschluss 1 ZSR. Grundlegung auf Geschäftsangelegenheiten, Familiennachrichten und Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Sonntags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzplatten auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptgeschäftsführer Karl Weiske in Rähnitz-Wellerau.

Nr. 32

Dresden, Dienstag, 7. Februar

1928

Besuch des Reichspräsidenten.

Berlin, 6. Februar.
Der Reichspräsident hat heute das Wasserhaus in Potsdam besucht.

Reise Dr. Stresemanns.

Berlin, 6. Februar.
Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann ist heute abend 9.40 Uhr vom Wasserhaus abgereist. Zum Abschied hatten sich keine Damen, sowie der hiesige französische Botschafter, Reichsminister Dr. v. Kaden, Staatssekretär Dr. Müller, Staatssekretär Dr. v. Schuber, Staatssekretär a. D. Kempner, Ministerialdirektor Dr. Köpke, der Reichspresschef Dr. Jochim, Oberst v. Balthard, der Leiter der Informationsabteilung beim Wasserhaus Dr. Beer sowie eine Reihe weiterer Herren des auswärtigen Amtes auf dem Bahnsteige eingefunden.

Ein Frühlings zu Ehren des Aunius Paucelli.

Berlin, 6. Februar.
Zu Ehren des apostolischen Aunius Paucelli fand heute ein Frühlingsfest in der Villa des Reichsaussenministers Dr. Stresemann statt, an dem u. a. teilnahmen der belgische Gesandte nebst Gattin, der ungarische Gesandte, der tschechoslowakische Gesandte nebst Gattin, Staatssekretär a. D. v. Rühlmann, Staatssekretär Dr. Weizsäcker, Generalleutnant v. Pawelz, Gesandter Boben, Premier Dr. Göttinger, Professor Dr. Jach, Herr v. Papen, Botschaftsleiter Karl Hagenberg und Herr G. Richter.

Das Schulgesetz.

Die „Germania“ wendet sich heute gegen die auch in der Öffentlichkeit vertretene Auffassung, daß die Besprechungen über das Schulgesetz bereits geschleitet seien, und schreibt, daß trotz der Erklärungen, die sich im Laufe der Verhandlungen ergeben haben, und trotz der Erhaltung des Reichslandtags, dennoch die Beschlüsse festgesetzt werden, zu einer einigenden Formel zu gelangen.

Es ist auch durchaus nicht sicher, daß eine Einigung gefunden werden kann — wenigstens nach dem Stand der Dinge, wie er gegenwärtig zu verzeichnen ist —, so möchte man hoffen, daß noch die bessere Einsicht siegt — um so mehr, als die Volkspartei einsehen sollte, daß ihr Antrag selbst nach dem Wortlaut von Staatssekretär Buelow verfassungswidrig und deshalb im Parlament nicht durchzuführen ist.

Dem Gerede aber muß entschieden entgegengetreten werden, daß das Schulgesetz und sein Schicksal noch auf Wochen hinaus vertagt werden kann.

Rundgebung der Mieter.

Berlin, 6. Februar.
Der Reichsbund deutscher Mieter und die Ortsvereine der freien Gewerkschaften veranstalteten gestern abend im Gewerkschaftshaus eine Rundgebung der Mieterschaft, die sich gegen den Abbau des Mieterschutzes und die Hauszinssteuer richtete. Nach Referaten des Bundesvorsitzenden Fritz Tjark und des Landtagsabgeordneten Dr. Grottel (Soz.) wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der vom Reichstag gefordert wird, daß er das geplante Mietänderungsprogramm und die übrigen Verschlechterungen des Mieterschutzes im Hinblick auf die unentbehrliche Fortdauer der Wohnungsnote ablehnt und die Mieterschutzgesetze bis zur Beseitigung der Wohnungsnote und bis zur Schaffung eines sozialen Miet- und Wohnrechtes verlängert. Es müsse ferner der tatsächliche Mietertrag der Steuerberechnung zugrunde gelegt werden, um durch die restlose Aufhebung der Hauszinssteuer weitere Mittel dem Wohnungsbau zuzuführen. Die in Berlin erhobene Wohnungsnot müsse restlos der Stadt Berlin und damit dem Wohnungsbau verbleiben.

Die Plädoyer im Barmat-Prozess.

Berlin, 6. Februar.
Oberstaatsanwalt Trautmann führte in seinem Plädoyer aus, es handle sich beim Barmat-Prozess um den größten Prozeß in Deutschland überhaupt, um eine Angelegenheit, die ungeheures

Die innerpolitische Krise in Österreich.

Wahrscheinliche Auflösung des Nationalrates und Durchführung von Neuwahlen. Verschärfung des Konfliktes zwischen Regierungsmehrheit und Opposition.

Wien, 6. Februar.
Zeit ein paar Tagen gehen in Wien Nationalrat wieder Gerüchte um über eine bevorstehende Auflösung des Hauses. Man wiederholt die Erklärung einflussreicher Parteiführer, daß die schwere politische Krise, in die Österreich als Folgeerscheinung der blutigen Juliereignisse hineingeraten ist, nur durch eine radikale Operation gelöst werden kann und schon wird auch die Frage des Zeitpunktes erörtert, wann die Neuwahlen stattfinden sollen. Spätestens im Oktober, möglicherweise aber auch schon viel früher, zu Beginn des kommenden Sommers. Statt der verfassungsmäßig festgelegten vier Jahre hätte dieser Nationalrat also dann eine Lebensdauer von nicht viel länger als einem Jahr, bestenfalls von anderthalb Jahren gehabt. Man wird ihm in der Öffentlichkeit bestimmt keine Traue nachweisen, und sein mögliches Vergehen in dieser Zeit der schwersten Wirtschaftskrise hat nur dazu beigetragen, die Gegner des Parlamentarismus zu härten und ihre Zahl zu vergrößern. Im April des Vorjahres, als dieser Nationalrat gewählt worden war, knüpften sich an seinen Zusammentritt die großen Hoffnungen der Wirtschaftskreise, die von seiner Arbeit die so dringend ersichtliche Erleichterung ihrer Lage erwarteten. Man sprach von einem umfassenden Wirtschaftsprogramm, dessen Bewirkung auf lange Zeit hinaus die österreichische Volkswirtschaft beschleunigen sollte. Übergeben ist ein bis zur Schwere gesteigertes Kampfergebnis der politischen Parteien, der seit Monaten jede parlamentarische Tätigkeit lahmgelegt und bis heute sogar die längst fällige Beschließung des Budgets verhindert hat.

Der Ausgang der letzten Wahlen hatte eine ziffernmäßig nicht sehr starke und auch in ihrem inneren Aufbau nicht weniger als einheitliche Koalition der Rechtsparlamentarier gebracht, der eine durch die erzielten Erfolge doppelt kampfsüchtige sozialdemokratische Opposition gegenüberstand. Die politische Hochspannung, die aus der Wahlbewegung noch herüber zitierte, verhinberte in den ersten Wochen jede eigentliche Arbeit. Dann kam jener unglückselige 16. Juli, der als belagertes Ergebnis parteipolitischer Verhüllung fast hundert Todeopfer kostete und dessen Auswirkungen auch heute noch immer das Verhältnis zwischen Regierung und Widerpart beherrschen. Man hat auf keiner Seite jebliche politische Klugheit auf-

gebracht, diese blutige Vergangenheit irgendwie auszulöschen und diesen Bankrott einer überhöhten Parteipolitik zu liquidieren. Die Gegensätze sind nur noch verschärft worden, und die Klugheit, welche die beiden ziffernmäßig beinahe gleich starken Gruppen trennt, ist wie zuvor so unüberwindlich geblieben wie heute. Ein einziger Rat schien es in dieser Zeit, als könnte man irgendwie zu einem Ausgleich im Interesse des Staates kommen. Das war im Herbst nach dem sozialdemokratischen Parteitag, auf dem der zur Versöhnung bereit rechte Flügel der Opposition unter der Führung des früheren Staatskanzlers Dr. Renner vorübergehend die Oberhand erhielt. Aber die ziemlich scharfe Ablehnung, die dieses sozialdemokratische Koalitionsangebot bei dem maßgebenden Teil der christlich-sozialen gefunden hatte, mußte dann wieder den Einfluß der radikalen Gruppe der sozialdemokratischen Partei stärken, die durch die Fortsetzung des schärfsten Kampfes auf parlamentarischem Boden jede sachliche Annäherung zwischen Mehrheit und Minderheit sabotierte. Welche Formen dieser Kampf heute angenommen hat, bewies ja am deutlichsten die letzte Sitzung des Nationalrates, die zu unerhörten, in Österreich noch nie erlebten Szenen führte und in der eine politische Debatte über angebliche Übergriffe der Kommunisten der Gewalttat in wüsten Ausmaßen und Zülflichkeiten endete.

Daß dieser Nationalrat sich in seiner heutigen parteimäßigen Zusammenfassung nicht mehr zur sachlichen Arbeit zurechtfinden kann, ist die allgemeine Überzeugung. Dabei kann aber natürlich kaum damit gerechnet werden, daß Neuwahlen große und wirklich ausschlaggebende Veränderungen bringen würden. Der Erfolg bedingt lediglich dazu, daß man dann unter anderen Voraussetzungen und bei völlig geänderten politischen Verhältnissen eher zu einer sachlichen Kooperation kommen möchte, die eben in der überhöhten Atmosphäre von heute unmöglich ist. Lediglich diese Erwägungen verhalten immer mehr die Anschauung, daß nur die Auflösung des Nationalrates und die Durchführung von Neuwahlen zu einer Lösung der innerpolitischen Krise in Österreich beitragen könnten. Der heutige Zustand ist schon mit Rücksicht auf die Lage der Volkswirtschaft unhaltbar.

Die neue Regierung in Hessen.

Frankfurt, 6. Februar.
Die Bildung der neuen Regierung in Hessen ist heute vollzogen worden. Es wurde folgende Verteilung der Ministerposten beschlossen: Staatspräsident und Justizminister: Kroll (Soz.); Innenminister: Kroll (Soz.); Finanzminister: Kroll (Soz.); Arbeits- und Wirtschaftsminister: Kroll (Soz.). Das Justizministerium wird, wie bisher, durch den Ministerialdirektor Dr. Schwarz vertreten werden. Das neue Kabinett wird sich dem Landtag in einer Sonder Sitzung am 14. Februar vorstellen.

Neue Wahlschiffen in Oberschlesien.

Berlin, 6. Februar.
Vor kurzen wurden die Proteste polnischer Verbände gegen die Eintragung von Deutschen in die Wählerlisten der Ratiboritzer Kreiswahlkommission abgelehnt. Ähnlichen Protesten ist jedoch von der Wahlkommission Königsbrunn stattgegeben worden. Die Deutschen haben infolgedessen beim Obersten Verwaltungsgericht Klage gegen die Entscheidung dieser Kreiswahlkommission erhoben. Die Wahlschiffen gegen die Deutschen in Polen scheinen also weiterzugehen. Die Deutschen in Polen haben sich, wie bekannt, dem Widerstandsbündnis angeschlossen, was selbstverständlich keine parlamentarische Bindung bedeutet. In dem Programm des Bündnisses heißt es, daß die polnische Staatsautorität geachtet werden soll. Die Hauptforderung des Bündnisses ist die nach gleichem Recht für alle polnischen Staatsbürger. Was die deutsche Minderheit angeht, so verlangt sie in erster Linie kulturelle Autonomie.

Die Unruhen in Indien.

* Proteststreik und Kundendemonstrationen in Bombay, Madras und Kalkutta, Stürme auf Regierungs- und Gerichtsgebäude, blutige Kämpfe mit der Polizei, Hunderte von Toten und Verwundeten, das Militär in Alarmbereitschaft, Panzerautos in den Straßen: das ist die augereizte Signatur der Lage Indiens in dem Augenblick, wo die indische Verfassungskommission den Boden des Landes betreten hat.

Indien fürchtet die Engländer besonders dann, wenn sie Gesandte bringen. Und das Wort der Verfassungskommission — des sogenannten Simon-Kommissionen — sollte angeblich ein Geschenk sein. Im Jahre 1919 war dem indischen Volke, das auf den europäischen und asiatischen Schlachtfeldern für die Ziele des britischen Imperialismus gebüht hatte, vom englischen Parlament eine neue Verfassung zugesprochen worden, die man im Lande nicht gerade mit Begeisterung aufnahm: denn sie war weit entfernt, dem indischen Volke jenes Maß von nationaler Selbstständigkeit zu geben, auf das es, insbesondere auf Grund seiner Leistungen im Weltkrieg, Anspruch zu haben glaubte. Aber das englische Parlament hatte damals versprochen, daß nach zehn Jahren — also im Jahre 1929 — ein Ausschuss eingesetzt werden sollte, um zu prüfen, wieweit sich die Verfassung bewährt habe, insbesondere, in welchem Umfang es möglich wäre, die geschaffenen — sehr beschränkten — Rechte einer selbstständigen, verantwortlichen Regierung auszubauen.

Zur Überraschung aller national gesinnten Kreise Indiens hat nun die englische Regierung diesen Ausschuss schon zwei Jahre vor dem festgelegten Zeitpunkt eingesetzt. Der Grund für diese verächtliche Geste dürfte darin zu suchen sein, daß das konservative Kabinett Baldwin mit dem bevorstehenden Wahltermin auch sein Ende betammeln sieht und die indische Verfassungsreform noch rasch unter Tisch und Tisch bringen möchte, bevor es den Führern der nationalindischen Bewegung etwas möglich wird, einem mehr links stehenden Kabinett durch einen parlamentarischen Druck auf die öffentliche Meinung Großbritanniens weiteregehende Zugeständnisse abzurufen.

Natürlich weiß man in Indien, was vorgeht. Und so hat schon seit einiger Zeit eine lebhafte Propaganda gegen den verächtlichen Ausschuss eingeleitet, der seiner ganzen Zusammenensetzung nach allerdings in höchstem Maße geizig ist, da die Mitglieder des indischen Volkes herangezogen: denn es ist in ihm nicht nur das konservative Element sehr stark vertreten, sondern es gehört ihm überdies nicht ein einziger Indier an. Und gerade dieses von London praktizierte System der Zurücksetzung ist es, wogegen die nationalindische Bewegung in erster Linie ankämpft. Die zähe Aufrechterhaltung des englischen Einflusses in der Verwaltung und im Heer ist ein unüberwindliches Hindernis für ein erfolgreiches Fortschreiten der indischen Autonomiebestrebungen. Die ganze Widerorganisation im Lande stützt sich auf ein paar tausend Engländer und höchstens noch auf eine dünne Schicht einheimischer Fürsten und Kapitalisten, deren Vorzugstellung auch in der revidierten Verfassung ebenso gewahrt bleiben soll, wie die vollen Fremde, auf Erhaltung der britischen Obergewalt zugeschnittene Hereditärsorganisation, deren Abschaffung von der Bonhomie Regierung während des Weltkrieges wiederholt zugesichert worden war.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß der Simon-Kommission bei ihrer Ankunft in Bombay kein besonders warmer Empfang zuteil wurde. Am Tage ihrer Landung ruhte in indischen großen Städten Indiens die Arbeit. In Kleinstadtebenen demonstrierten die Anhänger der nationalen Bewegung, Hindus wie Mohammedaner, für die Freiheit Indiens. Zugleich setzte eine Boykottbewegung ein, die bereits sehr bedeutende Dimensionen angenommen hat und den Engländern mindestens ebensoviel zu schaffen geben dürfte wie ebendem die gleichgerichtete Bewegung in China. Und während ein ungeheures Aufgebot an Polizei und Militär die Landung der Verfassungskommission deckte, gab ihr Vorsitzender, Sir John Simon, im Schutze dieses Aufgebots „beruhigende Erklärungen“ ab. Man werde alles tun, die entsandenen Mitglieder und die Wahlschiffen zu beschützen.